

# Rundschreiben 4/2007



*Eis am Flussufer*

Herausgeber: Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg e. V.,  
 Olgastrasse 19, 70182 Stuttgart,  
 Fon: 0711/24 89 55 20 / Fax: 0711/ 24 89 55 30,

Schlussredaktion: Martin Zorzi

e-mail: [info@lnv-bw.de](mailto:info@lnv-bw.de), Internet: [www.lnv-bw.de](http://www.lnv-bw.de)

**LNV-Rundschreiben Stand: 15.12.07**

**Redaktionsschluss für das nächste LNV-Rundschreiben ist 3. März 2008**

*Umlauf des LNV-Rundschreibens*

Name	weitergegeben am	Bemerkungen
AK-Sprecher/in		
Stellvertreter/in		

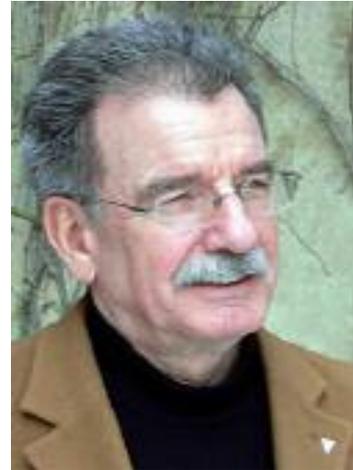
<b>Inhalt</b>
---------------

<b>VORWORT</b>	<b>3</b>
<b>1 AUS DER ARBEIT DES LNV</b> .....	<b>6</b>
1.1 LNV bringt sich in Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ein.....	6
1.2 LNV diskutiert weiter über Ausgestaltung des Ökokonto.....	6
1.3 LNV am „Bodenseeleitbild“ beteiligt .....	7
1.4 LNV fordert besseren Schutz für das Auerwild .....	7
<b>2 LANDESTHEMEN</b> .....	<b>8</b>
2.1 Vogelschutzgebiete jetzt beschlossene Sache.....	8
2.2 Andre Baumann ist neuer NABU-Landesvorsitzender .....	8
2.3 Erste Fahrverbote zur Feinstaubbekämpfung .....	8
2.4 Grüne: Naturschutzverwaltung ist in bedauerndem Zustand .....	9
2.5 Neues Forschungsvorhaben BodenseeOnline .....	9
2.6 Energieagentur im Landkreis Sigmaringen gegründet.....	10
2.7 GRÜNE fordern mehr taxonomische Forschung und Lehre.....	10
2.8 BUND stellt Wildkatzenwegeplan vor .....	11
2.9 BUND-Kritik an der neuen Landesmesse .....	11
2.10 NABU gegen „Doping“ in unseren Wäldern.....	12
2.11 Bäckerhandwerk gegen Verbrennung von Brot- und Futtergetreide...	12
2.12 Umweltministerium für längere AKW-Laufzeiten.....	12
2.13 NABU: Umweltschonender Anbau von Biomasse ist möglich .....	13
2.14 67.000 Bürger unterschreiben gegen Stuttgart 21! .....	13
2.15 Umweltministerium führt Klimaausgleich für Dienstflüge.....	14
<b>3 BUNDES-/EUROPATHEMEN</b> .....	<b>15</b>
3.1 Öko-Landbau im Spannungsfeld von Vielfalt, Ernährung und Biosprit .	15
3.2 Verkehrsfläche in Deutschland ist größer als das Land Thüringen .....	15
3.3 BBU: Wassersparen macht weiter Sinn! .....	15
3.4 Was macht mehr Sinn: Aufforstung oder Energiepflanzenanbau? .....	16
3.5 Neuer Bio/Fair-Treibstoff - Virtuell Solidarität tanken .....	16
<b>4 GESETZE, VERORDNUNGEN, RECHTSSPRECHUNG</b> .....	<b>18</b>
4.1 Novelle des Naturschutzgesetzes gebilligt .....	18
<b>5 LNV – INTERN</b> .....	<b>19</b>
5.1 LNV-Termine .....	19
5.2 Informationen und Anfragen der Geschäftsstelle.....	19
5.3 Personalien, Vertretung in Gremien .....	19
5.4 LNV-Pressemitteilungen .....	20
5.5 LNV-Infos, Tipps und Positionen .....	21
<b>6 WETTBEWERBE, AKTIONEN</b> .....	<b>23</b>
6.1 Aktion "100 Äcker für die Vielfalt".....	23
6.2 Umfrage: Freiheit oder Tempolimit?.....	23
6.3 Kein Patent auf konventionell gezüchtete Sorten und Rassen! .....	23
6.4 Aufruf gegen die Vogeljagd unter Verwendung von Leimruten .....	24
6.5 Forum in Sachen 2. Startbahn Flughafen Stuttgart.....	24
<b>7 TERMINE UND VERANSTALTUNGEN</b> .....	<b>25</b>
<b>8 VERÖFFENTLICHUNGEN/LITERATUR/INTERNET</b> .....	<b>26</b>

## Vorwort

Liebe Natur- und Umweltschützer, geehrte Damen und Herren,

„Bürokratieabbau“ und „Deregulierung“ sind in unserer Zeit Schlagworte, die in der Bevölkerung rasch auf Zustimmung stoßen und mit welchen sich leicht Wählerstimmen erobern lassen. Sicher gibt es – vornehmlich auf EU-Ebene – eine stattliche Anzahl von Bestimmungen, die man bei Einsatz des gesunden Menschenverstandes als überflüssig einstufen muss. Doch genauso existiert eine ganze Reihe von Regeln, die sich spätestens auf den zweiten Blick als sinnvoll erweisen. Sind sie doch Folge einer Entwicklung, die dem Gemeinwohl schadet. Der Umkehrschluss: Gäbe es solche Fehlentwicklungen nicht, würden sich alle Betroffenen „vernünftig“ verhalten, ließe sich auf die Festlegung von Normen verzichten.



Mit einem gleichermaßen treffenden wie betrüblichen Beispiel für eine derartige Entwicklung sind wir Naturschützer aktuell zum Thema „Bewirtschaftung und Pflege unseres Waldes“ konfrontiert. Bislang war – trotz mancher Auseinandersetzungen zwischen uns und den Förstern – die Forstverwaltung im Großen und Ganzen ein Garant für eine nachhaltige, funktionale Nutzung des staatlichen Waldes. Erholungssuchenden wurden – trotz der Kalamitäten der letzten Jahrzehnte – reizvolle Walderlebnisse ermöglicht, Schülergruppen wurden ökologische Zusammenhänge im wahrsten Sinne des Wortes „begreifbar“ gemacht und für bedrohte Arten wurden Alt- und Totholzrefugien belassen. Zudem haben die Förster unsere Kleinprivatwaldbesitzer in diesem Sinne beraten und viele von diesen haben ihr Handeln am Beispiel des Staatswaldes ausgerichtet. Möglich war diese Praxis durch zwar knappes, aber gerade noch ausreichendes Personal, durch autonomes, am Prinzip der Nachhaltigkeit und der Multifunktionalität orientiertem Handeln und durch gut geschulte und motivierte Bedienstete. Eben weil dieses System – außer in manchen Großwaldbesitzümern – bis vor wenigen Jahren gut funktioniert hat, konnte bislang auf allzu bürokratische und detaillierte Bestimmungen bei der Waldnutzung verzichtet werden.

Doch nun scheint – spätestens nach der Verwaltungsreform – dieses bewährte System einer wenig erfreulichen Entwicklung weichen zu müssen: Die Forstämter sind inzwischen den Landräten unterstellt, ihre Effizienz und ihr „Erfolg“ soll sich zukünftig ausschließlich an wirtschaftlichen Maßstäben messen, bereits in mehreren Landkreisen wurden die Forstreviere ohne adäquaten Personalausgleich zusammengefasst und drastisch vergrößert. Beratung, Biotoppflege und Naturpädagogik werden dort für die Bediensteten fortan zum kaum noch leistbaren „Luxus“ – auch wenn diese Situation von ihren oberen Dienstherren ganz anders dargestellt wird. Gleichzeitig erhöht die Forstwirtschaft den ökonomischen Druck auf den Wald: Während der Holzschwemme verursacht durch Wibke, Käferplage und Dürre wurden in den Säge- und Holzwerken gewaltige Produktionspotenziale aufgebaut, die jetzt bei nachlassendem Angebot gnadenlos bedient werden wollen – mit der Folge, dass sich „rund um die

Uhr“ Vollernter durch den Wald fressen, egal zu welcher Jahreszeit und nahezu gleichgültig bei welcher Witterung. So werden Brutvorkommen zerstört und schwere Rückeschäden verursacht. Gleichzeitig steigt im Zuge der Nutzung erneuerbarer Energien die Nachfrage nach Brenn- und Pelletsholz stark an – und auch hier mehren sich beim LNV die Meldungen über radikale Einschläge von unersetzbaren Laubholz-Altbeständen. Mit Nachhaltigkeit und Rücksicht auf Biotop- und Artenschutz hat dieses rein gewinnorientierte Vorgehen nichts mehr gemein! Was bleibt uns bei dieser Sachlage anderes übrig, als vom Gesetzgeber umgehend verbindliche Regeln für die gute fachliche Praxis einer naturnahen Waldnutzung einzufordern? Wir haben dies jüngst in einem Schreiben an Ministerpräsident und Landwirtschaftsminister getan. Die Frage nach der „Schuld“ an dem geforderten Mehr an Bürokratie wird dann – so befürchte ich - wieder „dem Naturschutz“ in die Schuhe geschoben. Wir werden uns zu wehren wissen, die „Live-Erlebnisse im Wald“ geben uns genügend Beweismaterial an die Hand!

Lassen Sie mich ungeachtet solcher Sorgen in den kommenden Wochen versuchen innezuhalten: Ich wünsche Ihnen und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein gesundes, erfolgreiches Neues Jahr!

Ihr



Reiner Ehret  
Vorsitzender

# 1 Aus der Arbeit des LNV

## 1.1 LNV bringt sich in Nachhaltigkeitsstrategie des Landes ein

Die **Nachhaltigkeitskonferenz** ist das oberste Gremium unter Vorsitz von MP Oettinger, Beteiligung der Minister und hochrangiger gesellschaftlicher Vertreter. Sie befindet über thematische und strategische Ausrichtung der Strategie und treibt Weiterentwicklung des Leitbildes voran.

Die **Strategische Koordinierungsgruppe** vernetzt und koordiniert die Arbeit der Projekte. Sie besteht aus den Doppelspitzen der Projekte unter Vorsitz von Ministerin Gönner. Die Doppelspitzen setzen sich aus je einem Vertreter der Ministerien und der gesellschaftlichen Gruppen zusammen. Herr Ehret ist für den LNV vertreten.

Bei den bislang fünf **Themenfeld-Workshops** handelt es sich um Grundsatzdiskussionen, um die zentralen Herausforderungen im jeweiligen Themenfeld und die zentralen Stellschrauben herauszuarbeiten:

**TF1 Zukunftsfähige Energieversorgung und Energienutzung** (LNV über Herrn Dr. Nitsch vertreten)

**TF2 Produzieren und Arbeiten** (ohne LNV-Beteiligung)

**TF3 Zukunftsfähige Entwicklung von Städten und Regionen** (LNV über Herrn Ehret und Dr. Grub vertreten)

**TF4 Lebensqualität** (NABU-Beteiligung geplant, LNV verzichtet daher)

**TF5 Zukunftsfähige gesellschaftliche Entwicklung** (LNV-Beteiligung über Herrn Ehret vertreten)

In einem Schreiben an Ministerin Gönner hat der LNV ferner die von ihm gewünschten Ziele aufgelistet, so eine effektive und umweltverträgliche Biomassenutzung, die Reduzierung des Flächenverbrauchs bis zum Jahr 2012 bevölkerungsbereinigt auf 0, ein ökologisch ausgerichtetes Beschaffungs- und Förderwesen, die Reduktion der CO<sub>2</sub>-Emission bis 2020 auf 6 t CO<sub>2</sub>/Jahr/Kopf, Erhalt der bisherigen Biodiversität, die Definition der „guten fachlichen Praxis“ in Land- und Forstwirtschaft, die Reduktion des Stickstoffüberschusses in der Landwirtschaft, Erhöhung des Anteils ökologisch bewirtschafteter Flächen bis 2010 auf 20 %, bis 2030 auf 30 %, Reduktion des Verkehrsaufkommens und Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schiene sowie Einführung einer flächendeckenden Natur- und Umweltpädagogik

## 1.2 LNV diskutiert weiter über Ausgestaltung des Ökokonto

In einem Brief an die LUBW und das Ministerium Ländlicher Raum hat sich der LNV beim „Schutzgut Boden“ gegen die Zulassung zweifelhafter Maßnahmen für das Ökokonto ausgesprochen. So sei eine Bodenkalkung oder ein Bodenauftrag nur in den wenigsten Fällen im Sinne des Naturschutzes, oft werden dabei sogar spezielle und seltene Biotopge- /zerstört. Tiefenlockerung von Ackerböden gehöre wiederum zur guten fachlichen Praxis.

Bevor man sich hier zu zweifelhaften Maßnahmen entschieße, sei es in diesem Fall besser, den Ausgleich schutzgutübergreifend z. B. in Form der Aufwertung von Gewässern zu erreichen.

### **1.3 LNV am „Bodenseeleitbild“ beteiligt**

Staatsminister Stächele hat dem LNV auf seine Anfrage hin mitgeteilt, dass er in den Prozess zur Weiterentwicklung des Leitbildes eingebunden wird. Das Anhörungsverfahren soll 3 Monate dauern und in Bälde beginnen. Minister Stächele bittet uns um „konstruktive Verbesserungsvorschläge“.



### **1.4 LNV fordert besseren Schutz für das Auerwild**

In seiner Stellungnahme gegenüber der Forstlichen Versuchsanstalt fordert der LNV umgehende Maßnahmen zur Lebensraumgestaltung sowie die Vermeidung von Gefährdungen und Störungen. Auch mit den bislang vorliegenden Gebietsabgrenzungen ist der LNV nicht ganz einverstanden, weil maßgebliche Auerhuhngebiete fehlen. Der LNV begrüßt ausdrücklich die aktive Mitarbeit der Jäger bei der Meldung von Auerhuhnbeobachtungen und damit dem Monitoring sowie bei den Pflegeeinsätzen zur Lebensraumgestaltung, fordert aber auch deutliche Einschränkungen bei der Jagdausübung.

*Die ausführliche Stellungnahme kann auf unserer Homepage eingesehen bzw. von ihr heruntergeladen werden.*

## 2 Landesthemen

### 2.1 Vogelschutzgebiete jetzt beschlossene Sache

Das Kabinett hat die Weiterleitung der Nachmeldung von Vogelschutzgebieten über das Bundesumweltministerium an die EU-Kommission beschlossen und dem RAMSAR-Gebiet Oberrhein zugestimmt.

Demnach wurden 6,04 % (215.838 ha) der Landesfläche als Vogelschutzgebiet nachgemeldet, im Anhörungsentwurf vom November 2006 waren es noch 6,05 % (216.213 ha). Die Reduktionen halten sich damit in Grenzen, allerdings hatten die Naturschutzverbände in ganz erheblichem Umfang Nachmeldungen eingefordert.

Insgesamt nehmen die Vogelschutzgebiete in BW damit 10,9 % oder 395.957 ha der Landesfläche ein (mit dem VSG Bodensee), die Natura 2000-Gebietskulisse insgesamt 17.3 % der Landesfläche.

Die Gebietsabgrenzungen auf CD-Rom sind für Januar 2008 angekündigt. Ferner wird die Erarbeitung einer Sammelverordnung zur Sicherung der Rechtswirksamkeit der Vogelschutzgebiete gegenüber Dritten für Ende 2008 angekündigt.

### 2.2 Andre Baumann ist neuer NABU-Landesvorsitzender



Der NABU Landesverband hat Dr. Andre Baumann zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Baumann übernimmt damit mit sofortiger Wirkung das Amt von Dr. Stefan Rösler, der auf eigenen Wunsch nach zehn Jahren den Vorsitz abgibt. Dr. Andre Baumann promovierte nach dem Studium der Fächer Naturschutz, Ökologie und Botanik an der Universität Regensburg am Institut für Botanik. Für den NABU war der 34-Jährige bislang ehrenamtlich unter anderem als stellvertretender Landesvorsitzender und Vorsitzender des NABU-Bezirksverbands Rhein-Neckar-Odenwald aktiv.

### 2.3 Erste Fahrverbote zur Feinstaubbekämpfung

In Baden-Württemberg treten ab 1. März 2008 zur Bekämpfung der hohen Feinstaubbelastung die ersten Fahrverbote für Fahrzeuge mit veralteter Abgastechnik zum in Kraft In Stuttgart, Mannheim, Schwäbisch Gmünd, Leonberg, Ludwigsburg, Ilsfeld, Tübingen und Reutlingen geplanten Umweltzonen dürfen danach grundsätzlich nur noch Fahrzeuge mit einer Umweltplakette fahren.

Unter die Fahrverbote fallen alle Dieselfahrzeuge, die die EURO-Abgasnorm 2 nicht erfüllen sowie Fahrzeuge mit Benzinmotor ohne geregelten Katalysator. Dies betrifft rund 340.000 Autos und damit etwa fünf Prozent des Fahrzeugbestandes. Durch eine Modernisierung der Abgastechnik beispielsweise bei Dieselfahrzeugen durch den nachträglichen Einbau eines Rußpartikelfilters könnten Fahrzeuge aber doch noch eine Umweltplakette erhalten. Ebenfalls eine Umweltplakette sollen nun auch die landesweit rund 650.000 Fahrzeuge mit geregelten Katalysatoren der ersten Generation bekommen.

Der BUND-Landesverband fordert die Landesregierung auf, sich nicht mit den Umweltzonen zufrieden zu geben, sondern weitere restriktive Maßnahmen zu ergreifen. Die Landesregierung müsse Autobesitzer dazu motivieren, ihre Fahrzeuge mit funktionierenden Partikelfiltern nachzurüsten. Mittelfristig müssen die Umweltzonen auf

ganze Regionen ausgedehnt werden. Sonst werden die Fahrverbote bald unübersichtlich. Da ab 2010 zusätzlich scharfe Grenzwerte für Stickoxide eingehalten werden müssen, sollte zu diesem Zeitpunkt auch die zweite Stufe der Feinstaubbekämpfung eingeführt werden. Sie schreibt schärfere Fahrverbote auch für EURO 2-Kraftfahrzeuge vor. Sollten sich diese Maßnahmen als wirkungslos erweisen, müssen laut BUND strengere Plakettenstufen eingeführt werden.



#### **2.4 Grüne: Naturschutzverwaltung ist in bedauernswertem Zustand**

Weniger als ein Promille des Landeshaushaltes steht für Naturschutz und Biologische Vielfalt zur Verfügung - bei sinkender Tendenz. Gleichzeitig teilt Minister Hauk mit, dass die Aufgaben der Naturschutzbehörden in den letzten Jahren ganz erheblich gewachsen sind. Die Antwort der Landesregierung auf eine große Anfrage der GRÜNEN zeigt in deren Augen die Diskrepanz, gegen die dringend etwas getan werden muss. Zum Aufgabenzuwachs zählt die Realisierung des EU-weiten Netzwerkes von „Natura 2000“ genauso wie das Projekt Biosphäre Schwäbische Alb, aber auch dass im Vertragsnaturschutz die Förderfläche von 2000 bis 2006 um 28% gestiegen sei. Andererseits sind in den Regierungspräsidien und auf Landesebene nahezu 20% des Personals nur über Zeitverträge eingestellt. Und die Unteren Naturschutzbehörden sind teils nur mit einer Stelle besetzt. Bundesweite Umfragen haben ergeben, dass im Naturschutzbereich bis zu 30% weniger Personal arbeitet als früher. Diese Entwicklung zeigt sich an vier Auskünften der Landesregierung:

1. Die Ausweisung von Naturschutzgebieten ist seit Ende der 1990er Jahre mit jährlich nur noch 1,6% Zuwachs weitgehend zum Erliegen gekommen
2. Der seit 2002 geltende gesetzliche Auftrag einer naturschutzorientierten Umweltbeobachtung wird seit Jahren "aus Kostengründen" zurückgestellt
3. Die Umsetzung des seit 2002 vorgeschriebenen Biotopverbundes auf 10 Prozent der Landesfläche sei auch noch 2007 ein "auf viele Jahre angelegtes Projekt".
4. Die Straßenbauverwaltung erstellt 2007 mit Jahren Verzögerung Kompensationskataster, die nicht von vornherein in die Verzeichnisse der Naturschutzbehörden integriert sind.

Zur Umsetzung müssen laut der Grünen Stellenwert, Personal- und Mittelausstattung des Naturschutzes im Land erhöht werden. Gisela Splett weist zudem auf mehrere Haushaltsanträge der Grünen zu Natura 2000, Biosphärengebiet, Aktionsplan Biodiversität und Personal in der Naturschutzverwaltung hin, die erst im Februar 2007 allesamt von CDU und FDP abgelehnt wurden. (*Drucksache: 14/1525*).

#### **2.5 Neues Forschungsvorhaben BodenseeOnline**

Das Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) und die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) fördern gemeinsam das Verbundforschungsvorhaben „BodenseeOnline“ an dem die Universitäten Stuttgart und Konstanz sowie die Arbeitsgemeinschaft der Wasserwerke Bodensee-Rhein (AWBR) und die Ingenieurgesellschaft kup, Stuttgart beteiligt sind. Dieses System soll unter anderem zur Unterstützung von wasserwirtschaftlichen Entscheidungen im Hinblick auf den integrierten Gewässerschutz und die Störfallvorsorge eingesetzt werden. Die Aufgabe besteht in der modellhaften Beschreibung, Quantifizierung und Prognose der hydraulischen

Verhältnisse im geschichteten und ungeschichteten Zustand des Sees. Ebenso sollen ausgewählte Prozessabläufe bezüglich der Wasserqualität und ausgewählte Transport- und Stoffwechselfvorgänge bei unterschiedlichen meteorologischen Rahmenbedingungen modellhaft beschrieben werden. Das war bislang nur bedingt möglich. Die praxisnahe Umsetzung des Modells erlaubt allen Nutzern wie beispielsweise auch der Fischerei, der Schifffahrt oder der Wasserschutzpolizei die Verwertung der Daten.

Die derzeit zu beobachtende Klimaveränderungen zeigen ihre Auswirkungen auf den gesamten Wasserkreislauf und somit sind auch Veränderungen am Bodensee abzusehen. Die extremen Wetterlagen werden sich häufen, das heißt die Niederschlagsmengen und Niederschlagsspitzen im Einzugsgebiet des Bodensees werden steigen, was zu einer Veränderung der Zuflüsse führen wird.



"Die derzeitigen Forschungsergebnisse gehen von höheren Zuflussmengen aus, laut dem Umweltministerium wird es also keinen Wassermangel im Bodensee geben. Andererseits werde mit stärkeren Winden und längeren Trockenperioden und damit gegebenenfalls Niedrigwasserständen im See gerechnet. Das wird zu veränderten Lebensbedingungen für die Tier- und Pflanzenwelt des Bodensees führen.

## **2.6 Energieagentur im Landkreis Sigmaringen gegründet**

Eine weitere Energieagentur wurde kürzlich im Landkreis Sigmaringen gegründet. Die vom Land zur Verfügung gestellten 100.000 Euro für die Energieagentur sind in den Augen des Umweltministeriums gut angelegtes Geld. Landesweit gibt es mit Sigmaringen 14 regionale Energieagenturen. Über die Klimaschutz- und Energieagentur Baden-Württemberg (KEA) in Karlsruhe erfolge der regelmäßige Erfahrungsaustausch. Die KEA setze außerdem das Förderprogramm Klimaschutz-Plus um. Insgesamt stünden daraus in diesem Jahr für Energiesparmaßnahmen und erneuerbare Energien in öffentlichen Gebäuden und Betrieben rund zwölf Millionen Euro zur Verfügung. Das Potenzial der drei großen 'E': Energie sparen, Energieeffizienz steigern und erneuerbare Energien ausbauen ist laut Ministerin Gönner gerade bei älteren Gebäuden enorm groß, hier seien wirtschaftliche Einsparungen in der Größenordnung von rund 50 Prozent möglich. Weitere Informationen und Antragsunterlagen im Internet:

[www.klimaschutz-plus.baden-wuerttemberg.de](http://www.klimaschutz-plus.baden-wuerttemberg.de)

## **2.7 GRÜNE fordern mehr taxonomische Forschung und Lehre**

Wissenschaftliche Fachgesellschaften und Verbände machen schon seit längerem darauf aufmerksam, dass der Erhalt der Artenvielfalt Expertenwissen voraussetzt und es um die Forschung und Lehre in diesem Bereich nicht eben gut bestellt ist (siehe [www.taxonomie-initiative.de](http://www.taxonomie-initiative.de)). Tatsache ist, dass seit Jahren ein Abbau der Professuren, die sich mit der Systematik von Pflanzen- und Tierarten beschäftigen, an deutschen - und auch an baden-württembergischen - Hochschulen zu beobachten ist.

Die Grüne Landtagsabgeordnete Gisela Splett hat sich deshalb bei Wissenschaftsminister Frankenberg erkundigt, wie sich die Situation der taxonomischen Forschung und Lehre an den baden-württembergischen Hochschulen und den Naturkundemuseen darstellt.

Die Antwort aus dem Wissenschaftsministerium kann nicht darüber hinwegtäuschen, dass deutliche Defizite vorhanden sind. Schon jetzt stellt die Taxonomie an den meisten Instituten keinen Kernarbeitsbereich dar. Darüber hinaus bestehe die Gefahr, dass viel Fachwissen verloren geht, wenn weitere ExpertInnen die Hochschulen aus Altersgründen verlassen. Auch im Bereich des ehrenamtlichen Naturschutzes fehle der Expertennachwuchs; unklar sei, ob genügend junge ExpertInnen mit Spezialwissen für meist sehr kleine Tier- oder Pflanzengruppen nachkämen. Dabei bilde eine fundierte Artenkenntnis das Rüstzeug für viele Forschungs- und Arbeitsbereiche weit über den Naturschutz hinaus. Gerade in Zeiten des Klimawandels sei es wichtig, dass entsprechendes Fachwissen verfügbar ist.

### **2.8 BUND stellt Wildkatzenwegeplan vor**

Der Bund für Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND) forderte von den Umweltministern von Bund und Ländern die Einrichtung eines Wegenetzes für wandernde Tierarten. Die Verbindung der Lebensräume dieser Tiere sei in europäischen und deutschen Gesetzen wie Natura2000 zwar vorgeschrieben. Bisher gebe es jedoch keine Konzepte, dies auch umzusetzen. Deshalb überreichte der BUND dem Vorsitzenden der Umweltministerkonferenz Eckhard Uhlenberg heute einen Wildkatzenwegeplan. Diese Wegekarte verzeichnet deutschlandweit mögliche grüne Korridore mit einer Gesamtlänge von rund 20 000 Kilometern. Die 50 Meter breiten und mit Büschen und Bäumen bewachsenen Korridore sollen auch durch Baden-Württemberg führen. Mit der Einrichtung solcher Wanderwege sollen vom Aussterben bedrohte Tiere wie die Wildkatze geschützt werden.



Zurzeit leben in Deutschland von ursprünglich mehreren zehntausend Tieren nur noch höchstens 5 000 Exemplare. Gab es um 1900 noch große Populationen, leben die verbliebenen Wildkatzen heute weit verteilt in isolierten Waldgebieten. "In Baden-Württemberg gilt die Wildkatze seit 1912 als verschollen. Der Nachweis von zwei überfahrenen Wildkatzen am Kaiserstuhl in diesem Frühjahr lässt vermuten, dass diese Art auch in unseren Wäldern wieder heimisch werden kann.

Den "Wildkatzenwegeplan" und weitere Informationen finden Sie im Internet unter [www.bund.net/wildkatze](http://www.bund.net/wildkatze) u. [www.vorort.bund.net/bawue/themen-projekte/wildkatze/](http://www.vorort.bund.net/bawue/themen-projekte/wildkatze/)

### **2.9 BUND-Kritik an der neuen Landesmesse**

Laut BUND-Landesverband ist die Landesmesse ein Symbol für Flächenfraß, Bodenvernichtung und Energieverschwendung sowie ein Beleg für die widersprüchliche Politik der Landesregierung. Über 120 Hektar der fruchtbarsten Ackerböden Deutschlands wurden für die Landesmesse zerstört. Die komplexen biologischen Funktionen der fruchtbaren Lösslehm Böden sind nun unwiederbringlich verloren.

Die Landesmesse verstößt laut BUND gegen den Umweltplan der Landesregierung. Dort hat sich die Landesregierung verpflichtet, auf einen sparsamen Flächenverbrauch und flächensparendes Bauen hinzuwirken und aktiven Bodenschutz zu betreiben. Gleichzeitig spricht die Landesregierung ständig vom Ausbau der erneuerbaren Energien und von der Energieeffizienz: Aber die Landesmesse wird mit klassischen Heizöl- und Gas-Brennern versorgt, denn weder Biogas noch eine effiziente Kraft-Wärme-Kopplung kamen zum Einsatz. Bei einem geschätzten Strom-

verbrauch von 18.750.000 Kilowattstunden pro Jahr ist die Photovoltaikanlage kaum mehr als ein Feigenblatt - falls sie überhaupt realisiert wird."

Der BUND kritisiert ferner, dass es keinen adäquaten Ausgleich für die erheblichen Eingriffe in die Natur gibt. Das Land könne den Eingriff in Natur und Landwirtschaft nicht ausreichend kompensieren, weil die Felder bereits so verbaut seien, dass es nicht genügend Flächen gibt. Je größer der Eingriff in die Natur, desto geringer müssen die notwendigen Ausgleichsmaßnahmen sein.

### **2.10 NABU gegen „Doping“ in unseren Wäldern**

Der NABU-LV fordert die Landesregierung auf, die Bestimmungen zu Fütterung, Ablenkungsfütterung und Kurrung (Anlock-Fütterung) im Landesjagdgesetz zu verschärfen. Die Fütterung von Rehen und Wildschweinen müsse verboten und die Kurrung dringend strenger geregelt werden. Nur so können unsere Wälder im Klimawandel bestehen. Durch Verbiss- und Wildschäden im Wald und auf den Feldern werden auch Naturschutz- und NATURA 2000-Gebiete massiv geschädigt.

Die Landesforstverwaltung verzeichnet seit Jahren hohe Verbisschäden an Tanne, Buche und Eiche. Die Wildforschungsstelle des Landes hat bereits im Jahr 2000 nachgewiesen, dass in den meisten Jagdrevieren eine Winterfütterung von Rehen



weder biologisch notwendig noch sinnvoll ist. Trotzdem erlaubt das Jagdgesetz die Fütterung von Rehen und Wildschweinen von Dezember bis März, selbst wenn das Thermometer 20 Grad Celsius plus anzeigt. Diese freizügige Regelung, die nur dazu dient, Wild an das eigene Revier zu binden, muss aus Sicht des NABU unbedingt geändert werden, um den Teufelskreis "immer mehr Kraftfutter für immer mehr Wildschweine" endlich zu durchbrechen.

### **2.11 Bäckerhandwerk gegen Verbrennung von Brot- und Futtergetreide**

Die letzte Novellierung des EEG führte zu einem Boom von Biogasanlagen. Die Einspeisevergütung und der Bonus, den Landwirte für nachwachsende Rohstoffe erhalten, haben in Deutschland bereits 3.500 Anlagen entstehen lassen, die 675.000 Hektar Ackerfläche benötigen. Insbesondere die Anbaufläche von Mais für die Biogasproduktion hat sich in kürzester Zeit verdoppelt. Diese Flächenkonkurrenz geht erheblich zu Lasten der Lebensmittel- und Futtergetreideproduktion. Gleichzeitig warnen Experten vor dem Verlust der Pflanzenvielfalt durch die Monokultivierung von Energiemais.

Eine ähnliche Entwicklung ist bei der Produktion von Bioethanol festzustellen. Nach Angaben der Sächsischen Landesanstalt für Landwirtschaft vom Juli 2007 benötigen die aktuell installierten Bioethanolanlagen bereits 1,9 Millionen Tonnen Agrarrohstoffe. Verwendet wird vor allem Brot- und Futtergetreide. Der Bedarf erhöht sich mit den derzeit im Bau befindlichen Anlagen auf 3,1 Millionen Tonnen. Berücksichtigt man die weiteren Planungen für den Bau von Bioethanolanlagen, würden hier bereits 19 Prozent (8,1 Millionen Tonnen) der deutschen Gesamtgetreideernte verfeuert.

### **2.12 Umweltministerium für längere AKW-Laufzeiten**

Bundesweit sollen bis 2012 neun neue Kohlekraftwerke sowie neun Gaskraftwerke in Betrieb gehen. Weitere 20 Kohlekraftwerke befinden sich in Planung. Auch in Karlsruhe werde der Bau eines neuen Kohlekraftwerkes vorbereitet. Laut Umweltministerium wird der jetzt bereits stattfindende Ersatz durch fossile Energieträger wie

Kohle und Gas das Land im Klimaschutz für Jahrzehnte zurück werfen. Es sei deshalb ein Gebot der ökologischen und ökonomischen Vernunft, bestehende und sichere Kernkraftwerke nicht vorzeitig vom Netz zu nehmen. Der Zeitplan für den Atomausstieg gehöre laut UM deshalb auf den Prüfstand. Nach den Vorstellungen Gönners sollten sichere Kernkraftwerke länger am Netz bleiben und mindestens die Hälfte der daraus entstehenden Zusatzgewinne in die Weiterentwicklung und den Ausbau erneuerbarer Energien investiert werden.

### **2.13 NABU: Umweltschonender Anbau von Biomasse ist möglich**

Bio-Energie kann einen wertvollen Beitrag zum Klimaschutz leisten, dennoch droht die Bio-Energie ihr bislang positives Image zu verlieren, weil der Anbau der Rohstoffe oftmals Umwelt und Natur schädigt und erhebliche Mengen an Treibhausgasen freisetzt. Die Klima- und Umweltbilanz kehrt sich so in vielen Fällen ins Negative. Auf einer Tagung im Oktober haben Wissenschaftler und Praktiker gezeigt, dass es auch anders geht: Wird Biomasse umweltschonend angebaut, leistet die Bio-Energie einen wichtigen Beitrag zum Klimaschutz und zu mehr Naturschutz in der Agrarlandschaft.

Die mehr als 500 Biogasanlagen in Baden-Württemberg werden vor allem mit Mais betrieben, dessen großflächiger und intensiver Anbau jedoch Natur und Umwelt durch Bodenverdichtung, erhöhten Spritzmittel- und Düngereinsatz, Stickstoffeinträge in Gewässer, Humusabbau, Freiwerden der Treibhausgase Lachgas und CO<sub>2</sub> sowie durch den Rückgang der Artenvielfalt schadet. Auf Maisäckern haben laut NABU



Feldlerche, Kiebitz und Rebhuhn keine Chance. Es besteht die Gefahr, dass diese Vögel bei uns aussterben, wenn wir es nicht schaffen, extensives Grünland zu erhalten und Ackerland naturverträglich zu bewirtschaften.

"Bio-Energie kann einen gewichtigen Beitrag zum Klimaschutz leisten und zwar ohne die Natur zu schädigen - unter der Voraussetzung, dass die Biomasse z. B. in Form von Kurzumtriebplantagen sinnvoll angebaut wird. Diese seien in bislang wald- und strukturarmen Regionen aus ökologischer Sicht durchaus positiv zu sehen, sie könnten eine ausgeräumte Kulturlandschaft aufwerten und Lebensräume auf Zeit darstellen. Während man im Wald vor allem hochwertiges Nutzholz erntet, gewinnt man aus Kurzumtriebsplantagen beispielsweise Hackschnitzel.

Der NABU fordert von Bundes- und Landesregierung, dass sie den Anbau nachwachsender Rohstoffe an verbindliche, ökologische Mindeststandards koppeln. Zudem wünscht sich der NABU eine Imagekampagne für umweltschonende Bioenergiegewinnung im Rahmen der Nachhaltigkeitsstrategie des Landes, damit das positive Image der Bio-Energie erhalten bleibt. (NABU-LV)

### **2.14 67.000 Bürger unterschreiben gegen Stuttgart 21!**

Sensation beim Bürgerbegehren gegen Stuttgart 21: In nur knapp sechs Wochen hat das Bündnis 67.000 Unterschriften gegen das Milliardengrab gesammelt. Vertreter des Bündnisses haben heute die Unterschriftenlisten im Rathaus übergeben. Die Ehrenamtlichen forderten die Landeshauptstadt auf, umgehend einen Bürgerentscheid über das umstrittene Großprojekt in die Wege zu leiten. Für einen erfolgreichen Bürgerentscheid im Sinne, dass die Stadt aus Stuttgart 21 aussteigt, müssen ca. 100.000 wahlberechtigte Bürger zustimmen.

Der Gemeinderat hat inzwischen – gestützt durch Rechtsgutachten – den geforderten Bürgerentscheid abgelehnt. Das Bündnis wird sich gegen diese Entscheidung zur Wehrsetzen.

### **2.15 Umweltministerium führt Klimaausgleich für Dienstflüge**



Das Umweltministerium hat für im vergangenen Jahr dienstlich veranlasste Flugreisen erstmals einen Klimaausgleich abgeführt. Mit 4.200 Euro werden nun Spritsparkurse der Landesverkehrswacht gefördert. Die Ausgleichszahlung soll vor allem Signalwirkung haben und auf die zunehmende Klimabelastung des ungebrochen weiter steigenden Luftverkehrs aufmerksam machen. Gleichzeitig will das UM einen Beitrag zum Klimaschutz leisten.

## 3 Bundes-/Europathemen

### 3.1 *Öko-Landbau im Spannungsfeld von Vielfalt, Ernährung und Biosprit*

Bioland, Naturland und der Deutsche Naturschutzring (DNR) haben die Landwirte dazu aufgerufen, nicht leichtfertig auf den großflächigen Anbau von Energiepflanzen zu setzen. Der DNR sieht die Zukunft der Landwirtschaft nach wie vor in der Lebensmittelproduktion. Diese müsse aber im Einklang mit der Natur und dem Tierschutz stehen. Für eine entsprechende Qualität sind auch angemessene Preise gerechtfertigt. Beim großflächigen Anbau von Energiepflanzen bestehe die Gefahr von Monokulturen und einem erhöhten Biozideinsatz. Die zunehmende Flächenkonkurrenz zwischen Lebensmittel- bzw. Bioenergieproduktion könne die Spannungen zwischen Nord und Süd noch forcieren. Angesichts der angekündigten deutlichen Preissteigerungen bei Lebensmitteln forderte der DNR die Verbraucher auf, Produkten aus dem Öko-Landbau verstärkt nachzufragen. Deutschland liege mit einem Anteil der Haushaltsausgaben für Lebensmittel von 11 Prozent am untersten Ende in Europa. Zu einem nachhaltigen Lebensstil gehören nach Ansicht des DNR zu aller erst der Einkauf von Produkten des Öko-Landbaus möglichst aus der eigenen Region.

### 3.2 *Verkehrsfläche in Deutschland ist größer als das Land Thüringen*

Die „Allianz pro Schiene“ hält den Flächenverbrauch in Deutschland für "Besorgnis erregend hoch". Die Verkehrsfläche ist mit 24 Hektar pro Tag schneller gewachsen als im Durchschnitt der vorangegangenen vier Jahre (23 Hektar pro Tag). Dies steht im völligen Gegensatz zu den Zielen der Bundesregierung, die den Anstieg des Flächenverbrauchs bis 2020 auf ein Viertel des heutigen Wertes reduzieren will.

Nun dürften Maßnahmen wie das von der französischen Regierung beschlossene Moratorium beim Autobahnbau auch in Deutschland nicht mehr tabu sein. Ein Moratorium beim Autobahnausbau ist sowohl klimapolitisch als auch naturschutzpolitisch bedenkenswert. Nach Angaben der Allianz pro Schiene bietet sich der Schienenverkehr als "klimaschonende und platzsparende Alternative" an.

Bereits 4,9 Prozent (17.627 km<sup>2</sup>) der Bodenfläche Deutschlands sind vom Verkehr beansprucht. Seit 1992 hat die Verkehrsfläche um 1.186 km<sup>2</sup> zugenommen. Bei diesen Zahlen sind Parkplätze auf Privatgrundstücken noch nicht einmal erfasst. Sie fallen unter die Rubrik "Gebäude- und Freifläche".



### 3.3 *BBU: Wassersparen macht weiter Sinn!*

Bei uns in Deutschland werden Dank der im Haushalt durchgeführten Wassersparmaßnahmen im Durchschnitt nur noch 140 l pro Person und Tag im Haushalt verbraucht. Doch von Seiten der Wasserversorger werden seit einiger Zeit diese Maßnahmen stark in Frage gestellt und als ökonomischer Unsinn bezeichnet. Diese Debatte über "Wasser sparen" verunsichert viele Menschen in ihrem ökologischen Handeln. Dabei ist es ökologisch und gesundheitlich wichtig, dass mit diesen zum Teil noch sauberen Wasservorräten weiterhin sparsam umgegangen wird. Es ist nur eine neue ökonomische Betrachtungsweise der Wasserwirtschaft hinzugekommen.

Die Abwasserentsorger haben im Hinblick auf einen hohen Wasserdurchsatz in den privaten Haushalten überdimensionierte Rohrleitungen verlegen lassen. Fließt jetzt zu wenig Wasser, dann lagern sich die Fäkalien in den Rohren ab, faulen vor sich hin und die entstehenden Säuren zerstören die Rohrleitungen. Die Leitungen müssen nun auf Kosten der Anlagenbetreiber regelmäßig gespült werden. Deshalb sollen die Haushalte wieder mehr Wasser verbrauchen. Doch während jeder dafür verantwortlich ist, dass mit den Ressourcen auf der Erde sparsam umgegangen wird, ist nach Auffassung des BBU die Bevölkerung nicht dafür zuständig, die Planungsfehler der Leitungsbetreiber zu korrigieren und deshalb unseren den sparsamen Umgang mit Wasser in Frage zu stellen.

Das durch die Wasserwerke in die Leitungssysteme eingespeiste Grundwasser geht dem lokalen Raum verloren. Das in den Haushalten genutzte Wasser wird hauptsächlich durch die Abwasserrohre abtransportiert und nach Klärung den Flüssen zugeleitet. Es geht den regionalen Grundwasservorräten verloren.

### **3.4 Was macht mehr Sinn: Aufforstung oder Energiepflanzenanbau?**

Britische und österreichische Wissenschaftler haben die Kohlendioxidbilanz von Wäldern mit der von Energiepflanzen verglichen. Deren Analysen zeigen, dass Wälder und vor allem neu aufgeforstete Wälder sehr viel mehr Kohlendioxid aus der Luft herausholen, als sich durch die Produktion von Biotreibstoff vermeiden lässt. Wird ein Wald für den Energiepflanzenanbau abgeholzt, dauert es allein 50 bis 100 Jahre, ehe durch den Biosprit das Kohlendioxid wieder eingespart worden ist, das durch die Abholzung freigesetzt worden ist.



Berechne man den Schaden, den unter anderem die beim Abholzen eines Urwalds typische Brandrodung anrichtet, belasteten Biotreibstoffe die Atmosphäre mit neunmal mehr Kohlendioxid als konventionelle Treibstoffe, so Righelato. Aber auch in den gemäßigten Breiten sieht die Bilanz nicht rosig aus, vor allem wegen des hohen Dünger- und Pestizidbedarfs von Energiepflanzen wie Raps, Soja

oder Mais. Pro Einheit fossiler Energie, die man hinein steckt in der Landwirtschaft, bekommt man optimistisch gesehen zwei bis drei Einheiten Energie als Kraftstoff frei Tankstelle heraus. Und dies auch nur, wenn man berücksichtigt, dass man Nebenprodukte hat, für die Verfütterung an Nutztiere als Eiweißfuttermittel, ansonsten liegt das Verhältnis 1:1. Es sei also besser, magere Böden aufzuforsten als Energiepflanzen anzubauen (DNR)

### **3.5 Neuer Bio/Fair-Treibstoff - Virtuell Solidarität tanken**

Die Entwicklungshilfe- und Fairhandels-Organisation Gebana bringt zusammen mit Migros den weltweit ersten biologisch angebauten und fair gehandelten Treibstoff auf den Markt. Die Migrol AG, die Mineralölgesellschaft des größten Schweizer Lebensmittelverteilers und Mischkonzerns Migros, hat in einer Kooperation mit der Entwicklungshilfe- und Fair-Handelsorganisation Gebana AG das Produkt kreiert. Es funktioniert so: Der Kunde bucht auf der Website von Gebana[1] mindestens 100 Liter Benzin oder Diesel zu 60 Rappen pro Liter (rund 36 Cent). Migrol ersetzt dann die entsprechende Menge von fossilem Treibstoff durch "Bio&Fair"-Treibstoff. Der Kunde tankt dann nach wie vor sein Benzin oder Diesel an jeder beliebigen (Migrol-) Tankstelle zum normalen Preis.

Der Bio&Fair-Treibstoff wird aus Sojaöl hergestellt, das als Nebenprodukt bei der Verarbeitung von Soja zweiter Qualität anfällt, und stammt von 350 kleinen Familienbetrieben im Südwesten Brasiliens mit einer durchschnittlichen Größe von nur 12 Hektar. Diese Betriebe betreiben eine vielseitige Landwirtschaft und weisen einen großen Anteil von Biodiversitätsflächen auf. Laut Gebana erhält der Sojabauer durchschnittlich sieben US-Dollar pro Sack Soja mehr - heute sind dies rund 50 Prozent mehr als der konventionelle Sojapreis. Eine durch das schweizerische Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) finanzierte Studie zeigt, dass dieser Treibstoff ökologisch sei und 70 Prozent weniger Treibhausgase verursacht als fossiler Treibstoff. Ferner sei das Produkt nachhaltiger angebaut als jeder andere untersuchte Biotreibstoff. Die Kleinbauernfamilien roden keinen Urwald, bewässern nicht und verwenden keine synthetischen Dünger und Pestizide für den Anbau ihrer gentechnikfreien Sorten, erläutert Gebana. In einem zweiten Schritt soll die Produktion auf eine in Westafrika wachsende Pflanze ausgeweitet werden. Innerhalb dreier Jahre werde eine Produktionsmenge von 10 Millionen Litern angepeilt.

[http://www.gebana.com/htm/treibstoff\\_produk.html](http://www.gebana.com/htm/treibstoff_produk.html)

## 4 Gesetze, Verordnungen, Rechtsprechung

### .....des Bundes

#### **4.1 Novelle des Naturschutzgesetzes gebilligt**

Die umstrittene Novelle des Bundesnaturschutzgesetzes (16/5100)[1] ist Ende Oktober im Umweltausschuss mit den Stimmen der Koalition gebilligt worden. Die FDP-Fraktion enthielt sich der Stimme, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke lehnten den Gesetzentwurf der Bundesregierung, zu dem insgesamt elf Änderungsanträge eingebracht worden waren, ab.

Mit der Änderung des Bundesnaturschutzgesetzes wird nach monatelangen Verhandlungen eine Entscheidung des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) umgesetzt. Deutschland hätten möglicherweise hohe Strafzahlungen gedroht, wenn das Urteil nicht bis Ende Oktober umgesetzt worden wäre.

Die SPD betonte dabei, dass es Ziel des Verfahrens gewesen sei, "das EuGH-Urteil abzustellen". Gleichzeitig verwies sie darauf, dass weitere Fragen des Naturschutzes erst im Rahmen der Erstellung des neuen Umweltgesetzbuches (UGB) geregelt werden sollen.

Die CDU/CSU-Fraktion erklärte zur praktischen Umsetzung, dass man sich in der Koalition in einem Änderungsantrag darauf verständigt habe, auf den so genannten Projektbegriff zu verzichten. Dieser war lange Zeit umstritten gewesen.

Zu dem Vorwurf, dass durch die Novelle der Artenschutz beeinträchtigt werde, erklärte der SPD-Vertreter, dass "national geschützte Arten nicht geschwächt" worden seien. Auch dieses Thema werde bei der Erarbeitung des UGB erneut erörtert.

Auch die FDP betonte, dass sie "optimalen Artenschutz" wolle, aber "wir trauen den Ländern mehr zu", sagte ihre Vertreterin mit Hinweis auf ihren Änderungsantrag, der eine stärkere Länderkompetenz vorsah.

Nach Auffassung der Linken wird das neue Bundesnaturschutzgesetz auch weiterhin dem EuGH-Urteil nicht gerecht. Hinsichtlich des Artenschutzes erklärten sie, dass die Bundesregierung damit "Arten erster und zweiter Klasse" schaffe.

Bündnis 90/Die Grünen sehen in der Novelle sogar eine Verschlechterung des geltenden Naturschutzrechtes. Die Fraktion kritisiert neben dem mangelnden Artenschutz auch den Wegfall des Projektbegriffs. Damit seien "jedes Mal die Behörden vor Ort gefragt", sagte deren Vertreterin, und man müsse mit "unbestimmten Rechtsbegriffen" arbeiten.

<http://dip.bundestag.de/btd/16/051/1605100.pdf>

## 5 LNV – Intern

### 5.1 LNV-Termine

Neue Termine für die Besprechung von **LNV-Arbeitskreisen**, Vorstand und Behördenvertretern

- im Regierungsbezirk Karlsruhe ist der Montag, der 28. Januar 2008, 17.00 bis ca. 20.30Uhr in der Gut badisch Stub, Karlstraße 115 (beim Kolpinghaus), Karlsruhe.
- Regierungsbezirk Stuttgart: Mittwoch, den 28.02.2007 beim Schwäbischen Heimatbund, Weberstraße 2, Stuttgart
- Regierungsbezirk Freiburg: Mittwoch, den 21.03.2007 in der Geschäftsstelle des Schwarzwaldvereins, Schlossberggring 15, Freiburg,

Zum Vormerken: Die **LNV-Mitgliederversammlung** findet am **12. April 2008** statt!

### 5.2 Informationen und Anfragen der Geschäftsstelle

#### LNV-Ehrenamtliche leisten Erstaunliches

Der LNV hat einer Umfrage/Erhebung des Deutschen Naturschutzrings teilgenommen. Dort wollte man wissen, wie hoch 2006 die Anzahl der Arbeitsstunden ist, den Ehrenamtliche im LNV leisten – das Ergebnis war selbst bei vorsichtiger Kalkulation erstaunlich: nahe 47 000 Stunden leisten unsere Mitarbeiter zugunsten von Natur- und Umweltschutz!

### 5.3 Personalien, Vertretung in Gremien

Frau **Helga Hartmann** ist neues Mitglied im **LNV-Vorstand** für die LNV-Arbeitskreise im Regierungspräsidium Tübingen. Sie tritt die Nachfolge von Martin Engelhard an, der im Sommer aus persönlichen Gründen ausgeschieden war. Der LNV dankt Frau Hartmann für ihre Bereitschaft und wünscht für ihre neue Aufgabe alles Gute!

Neuer Sprecher im **LNV-AK Tübingen** ist **Herr Michael Koltzenburg** der Herr Martin Engelhardt nachfolgt. Der LNV dankt Herrn Engelhardt sehr herzlich für seine hervorragende Arbeit als Sprecher des Arbeitskreises und wünscht ihm für seine neue Aufgabe alles Gute!

**Lüder Rosenhagen** und **Dr. Frank Baum** vertreten den LNV auch in der nächsten Amtsperiode im **Naturpark Südschwarzwald**. Wir bedanken uns ganz herzlich und wünschen viel Freude und auch Erfolg für die sicher nicht ganz leichte Aufgabe.

**Herr Werner Hiller** aus Göppingen ist neuer **1. Vorsitzender** unseres Mitgliedverbandes **Bund Naturschutz Alb-Neckar**. Wir gratulieren Herrn Hiller recht herzlich zu seinem neuen Amt.

#### **5.4 LNV-Pressemitteilungen**

**Landesnatschutzverband fordert: Schluss mit dem gesetzeswidrigen Flächenfraß!**  
vom 19.12.2007

Als „alarmierend“ bezeichnet Reiner Ehret, Vorsitzender des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg (LNV) die Meldungen, die er seit Einsetzen des Aufschwungs von seinen Mitarbeitern im ganzen Land erhält: Nahezu überall fressen sich „wie in alten Zeiten“ neue und oft überdimensionierte Bauflächen in die unverbrauchte Landschaft und zerstören wertvollen Boden. Der gesetzlich vorgeschriebene Grundsatz der „Innenentwicklung vor Außenentwicklung“ warte immer noch auf seine Anwendung, kritisierte der LNV-Chef und fügte hinzu: „Der Landesnaturschutzverband ist deswegen mit seiner Geduld im „Aktionsbündnis Flächen gewinnen“ langsam am Ende“.

**Das Erneuerbare Energien Wärme Gesetz des Bundes hat Mängel!**  
vom 06.12.2007

Offener Brief, den der LNV-Vorsitzende an Umweltminister Gabriel gesandt hat.

**Zum Energiepaket der Bundesregierung**

vom 05.12.2007

„Es wäre fatal“, stellte heute der Vorsitzende des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg Reiner Ehret fest, „wenn bei der Verabschiedung des „Erneuerbare Energien Wärme-Gesetzes“ des Bundes die für Baden-Württemberg geltenden Standards unterschritten würden!“ Er kritisierte damit die Absicht der Bundesregierung, die Verpflichtung zur Verwendung erneuerbarer Energien nur auf Neubauten zu beschränken, sie aber nicht auf den Gebäudebestand auszudehnen.

**Energiebericht Baden-Württemberg ist „beschämend“:**

vom 26.11.2007

„Wenn das Wirtschaftsministerium es bereits als Erfolg verkauft, dass der Energieverbrauch langsamer wachse als die Wirtschaftsleistung, so sei dies eine Irreführung der Öffentlichkeit“ – so die Kritik des LNV. Denn die Umwelt werde nicht durch einen abstrakten Relativwert, sondern durch den realen Energieverbrauch belastet. Ganz im Gegenteil müsse man die verzeichnete Zunahme des Primärenergieverbrauchs als ein Alarmsignal für die Umwelt verstehen.

**LNV-Kritik anlässlich des Startbahn-Gutachtens:**

vom 22.11.2007



In den Augen des Landesnaturschutzverbandes Baden-Württemberg widerspricht der Bau einer zweiten Startbahn für den Stuttgarter Flughafen völlig dem Vorsatz der Landesregierung, den nach wie vor immensen Flächenverbrauch im Land auf "Netto-Null" zurückzuschrauben. So verliere Ministerpräsident Oettinger bei der von ihm werbewirksam betriebenen Nachhaltigkeitsstrategie an Glaubwürdigkeit.

**Landesnatschutzverband spricht von „Größenwahn“:**

vom 20.11.2007

Die in Triberg geplante „Erlebniswelt“ stößt zunehmend auf Widerstand: In einem „offenen Brief“ hat der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg das Land-

ratsamt des Schwarzwald-Baar-Kreises unmissverständlich aufgefordert, die Weichen für dieses Projekt im Sinne einer für Mensch und Natur nachhaltigen Entwicklung zu stellen. LNV-Vorsitzender Reiner Ehret sieht ein erhebliches Risiko, dass dieses in seinen Augen „größenwahnsinnige Projekt“ ansonsten bald in einer Investitionsruine endet, welche die Natur und die Anwohner in gleichem Maße belastet.

### **Strategie der Landesregierung zum Flächenverbrauch**

vom 07.11.2007

Der Landesnaturschutzverband Baden-Württemberg (LNV) ist Partner im Aktionsbündnis Flächen gewinnen in Baden-Württemberg, in dem seit nunmehr drei Jahren versucht wird, im Konsens zu einer deutlichen Reduzierung des Flächenverbrauchs im Lande zu kommen. „Das Aktionsbündnis“, so kritisiert der LNV-Vorsitzende Reiner Ehret, „war bisher mehr eine Art von Glaubensgemeinschaft denn ein Bündnis, das sich zu gemeinsamen Aktionen bereit gefunden hätte“. Um so mehr hätte der LNV Hoffnungen auf das seit Wochen erwartete Strategieprogramm der Landesregierung gesetzt, das gestern vom Ministerrat beschlossen wurde.

## **5.5 LNV-Infos, Tipps und Positionen**

### **LNV-Info 11/07 zum Antrag des Landesnaturschutzverbandes an das Aktionsbündnis „Flächen gewinnen“ :„Innenentwicklung vor Außenentwicklung“**

Für die bauliche Entwicklung der Städte und Gemeinden gilt die gesetzliche Vorschrift des BauGB § 1 a, Ziff. 2: „zur Verringerung der zusätzlichen Inanspruchnahme von Flächen für bauliche Nutzungen sind die Möglichkeiten der Entwicklung der Gemeinden insbesondere durch Wiedernutzbarmachung von Flächen, Nachverdichtung und andere Maßnahmen zur Innenentwicklung zu nutzen“

<http://www.lnv-bw.de/info/info07-11.pdf>

### **LNV-Info 10/07: Die wichtigsten Änderungen im Gemeinnützigkeits- und Spendenrecht :**

„Hilfen für Helfer“ heißt das am 10. Oktober 2007 in Kraft getretene Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements. Es gilt rückwirkend ab dem 01.01.2007. Innerhalb der Naturschutz- und Umweltverbände werden allerdings nur wenige Ehrenamtliche direkt von den neuen „Hilfen für Helfer“ profitieren können. Grundlegend neu ist der Steuerfreibetrag in Höhe von maximal 500 Euro im Jahr für nebenberufliche Tätigkeiten.

<http://www.lnv-bw.de/info/info07-10.pdf>

### **LNV-Tipp: Amphibienleiteinrichtungen oder Lebensraumaufwertung?**

Der LNV-Tipp 4/2007 setzt sich mit der Frage auseinander, ob es in vielen Fällen nicht mehr Sinn macht, statt teurer Leiteinrichtungen die Mittel in die Verbesserung der Amphibienlebensräume zu stecken. *Zu erhalten über die Geschäftsstelle!*



### **LNV-Tipp für Unterstützung der Gründung regionaler Klimaschutz- und Energieagenturen (KEA) durch LNV-Arbeitskreise**

Derzeit treten einzelne Landratsämter oder andere Institutionen an den LNV bzw. den regional zuständigen LNV-Arbeitskreis heran mit der Bitte um Mitwirkung an einer regionalen Klimaschutz- und Energieagentur (KEA). Mit einem neuen LNV-Tipp soll den LNV-Arbeitskreisen daher eine kleine Orientierung und Arbeitshilfe an die Hand gegeben werden. *Zu erhalten über die Geschäftsstelle!*

### **LNV-Tipp: Wie komme ich an Luftbilder?**

Bei unserer Geländearbeit oder für Anträge nach der Landschaftspflegerichtlinie stellen Luftbilder eine nahezu unentbehrliche Hilfe dar. Der neue LNV-Tipp 2/2007 nennt und erklärt einige kostenlose Quellen, mit denen man an die nötigen Informationen kommt. *Zu erhalten über die Geschäftsstelle!*

## 6 Wettbewerbe, Aktionen

### 6.1 Aktion "100 Äcker für die Vielfalt"

Ackerwildkräuter wie Kornblume, Mohn und Rittersporn waren durch viele Jahrhunderte bunte Begleiter der Nahrungsmittelerzeugung auf den Äckern. Als "Unkräuter" wurden sie zu allen Zeiten als Konkurrenten der angebauten Kulturfrüchte bekämpft. Intensivierung der Unkrautbekämpfung, aber auch Nutzungsaufgabe haben einen dramatischen Artenrückgang der Ackerwildkräuter bewirkt, der auch die Tierwelt der Äcker betrifft. Bisherige Bemühungen zum Schutz der historisch durch die Landwirtschaft entstandenen Vielfalt konnten keine dauerhafte Verbesserung der Situation bewirken.

Daher haben nun die Universität Göttingen (Abteilung Ökologie und Ökosystemforschung), das Forschungsinstitut für biologischen Landbau (FiBL Witzenhausen) und der Deutsche Verband für Landschaftspflege (DVL) das Projekt "100 Äcker für die Vielfalt" ins Leben gerufen. Ziel ist ein bundesweites Schutzgebiets-Netz für Ackerwildkräuter. "Mit dem Projekt, das von der Deutschen Bundesstiftung Umwelt gefördert wird, besteht erstmals die Chance, dem Schwund der Ackerwildkräuter durch ein auf Dauerhaftigkeit zielendes Netz von Schutzflächen zu begegnen", so Wolfram Gühler vom DVL.



Bundesweit sollen mindestens 100 "Schutzäcker" diesem Ziel dienen, auf denen der Pflanzenbau ohne Herbizide und Düngung erfolgt. In der derzeit laufenden Vorstudie werden bundesweit die ökologisch hochwertigsten Ackerflächen erfasst und Kontakte zu allen Akteuren geknüpft, die sich vor Ort um Ackerwildkräuter kümmern. Ergänzend wird geklärt, wie langfristig die Finanzierung und Bewirtschaftung der Schutzäcker in Kooperation mit den Landwirten gesichert werden kann. Gelingt es, geeignete Flächen und Unterstützer vor Ort zu finden, kann durch das Projekt eine bundesweite Neubelebung des Ackerwildkrautschutzes erreicht werden.

*Personen und Organisationen, die sich beteiligen wollen, wird die Kontaktaufnahme über [www.schutzaecker.de](http://www.schutzaecker.de) empfohlen.*

### 6.2 Umfrage: Freiheit oder Tempolimit?

Die SPD hat das Tempolimit wieder erfolgreich in die Diskussion gebracht, die Grünen wollen es wissen, allmählich scheinen die Vertreter, die wenigstens beim Fahren auf den Autobahnen noch die Freiheit des Rasens erhalten wollen, in die Minderheit zu geraten. Soll das deutsche Alleinstellungsmerkmal endlich fallen?

*Hier können Sie abstimmen [www.telepolis.de/r4/umfrage](http://www.telepolis.de/r4/umfrage)*

### 6.3 Kein Patent auf konventionell gezüchtete Sorten und Rassen!

Gemäß Europäischem Patentübereinkommen sind Pflanzensorten und Tierarten sowie im wesentlichen biologische Verfahren zur Züchtung von Pflanzen und Tieren von der Patentierung ausgeschlossen.

Auf gentechnisch veränderte Pflanzen und Tiere erteilt das Europäische Patentamt (EPA) schon seit acht Jahren Patente. Dies gilt so, seitdem die Biopatent-Richtlinie (98/44/EG) in Brüssel vom Europäischen Parlament angenommen wurde. In dieser Zeit wurden mindestens 550 Patente auf Pflanzen und 240 auf Tiere erteilt.

Inzwischen beschäftigt sich das EPA sogar mit der Patentierung von konventionell gezüchteten Nutzpflanzen und Nutztieren. Ein Beispiel ist das Brokkoli-Patent EP 1069819 der britischen Firma Plant Bioscience. Dieses Patent liegt nun der Großen Beschwerdekammer vor, der letzten Instanz des EPA. Es geht beim Brokkolipatent um die grundsätzliche Entscheidung der Frage:

Können konventionell gezüchtete Pflanzen und Tiere patentiert werden, wenn bei der Züchtung oder Auslese kleine technische Eingriffe angewandt werden? Die Folgen wären durchschlagend: Die Ausweitung der Privatisierung der agrobiologischen Ressourcen verschärft nochmals die Abhängigkeit der Landwirte, verengt die weltweite Züchterarbeit dramatisch und nimmt - nicht nur den Entwicklungsländern - mehr und mehr die Nahrungssouveränität.

Bauernverbände aus allen Kontinenten, Entwicklungs- und Umweltorganisationen haben sich deshalb zusammengeschlossen, um vor dem EPA eine gemeinsame Position gegen solche Patente zu vertreten. "Kein Patent auf Leben!" ist eine der fünf Gründungsorganisationen.

Wir bitten Bauernvereinigungen, Umwelt- und Verbraucherorganisationen, sich diesem Bündnis anzuschließen. Einzelpersonen bitten wir um ihre Unterschrift:

[www.no-patents-on-seeds.org](http://www.no-patents-on-seeds.org)

Dort sind die Unterschriftenlisten zum Herunterladen zu finden und dort haben auch Organisationen die Möglichkeit, durch Eintragung im entsprechenden Fenster, sich dem Bündnis anzuschließen.

Bis zum 31. Dezember 2007 können Briefe und Stellungnahmen beim Europäischen Patentamt unter dem Kürzel G 2/07 eingereicht werden. Unterschriften werden wir aber noch länger sammeln, um sie dann auch noch bei Verhandlungsbeginn (wahrscheinlich erst in 2009) der Großen Beschwerdekammer zu übergeben.



#### **6.4 Aufruf gegen die Vogeljagd unter Verwendung von Leimruten**

Die Regierung der spanischen Provinz Katalonien beabsichtigt, durch Erlass einer neuen Rechtsvorschrift die Vogeljagd unter Verwendung von Leimruten zuzulassen. Diese tierquälerische und grausame Fangmethode ist international geächtet und durch europäische Gesetzgebung verboten. Bitte, unterstützen Sie die Kampagne katalonischer Naturschützer! Stimmen Sie für die Vögel und geben Sie Ihr Votum gegen die Verabschiedung des geplanten Dekrets.

[http://www.gepec.org/barraca-i-filat/index\\_deu.html](http://www.gepec.org/barraca-i-filat/index_deu.html)

#### **6.5 Forum in Sachen 2. Startbahn Flughafen Stuttgart**

Bei der Esslinger Zeitung gibt es die Möglichkeit, sich online 'für oder wider' einer zweiten Start- / Landebahn beim Flughafen Stuttgart zu äußern:

<http://blog.ez-online.de/aktuelles/mehr-nachtfleuege-und-bau-einer-zweiten-piste-auf-dem-echterdinger-flughafen.html#comments>

## 7 Termine und Veranstaltungen

### **Mobil ohne Auto in Baden-Württemberg 2008**

Seit einigen Jahren hat sich der dritte Sonntag im Juni zum bundesweiten traditionellen Termin von Mobil ohne Auto etabliert. Im nächsten Jahr findet der Aktionstag am 15. Juni 2008 zum neunzehnten Mal in Baden-Württemberg statt. Die größte Aktion „Mobil ohne Auto im Oberen Nagoldtal feiert dann ihr 10 jähriges Bestehen. Mit rund 90 Veranstaltungen in mehr als 190 Orten und über 150 gesperrten Straßenkilometern im Land konnte 2007 das hohe Niveau des Vorjahres gehalten werden.

Seit Mai 2005 ist Rudolf Köberle, MdL, Staatssekretär im Innenministerium des Landes Baden-Württemberg Schirmherr von MOA.

Zum zehnten Mal findet MOA 2008 in Kooperation mit dem AOK-Radsonntag statt. Gemeinden, die am Aktionstag mitmachen wollen bieten sich Kooperationsmöglichkeiten mit den örtlichen Umwelt- und Verkehrsverbänden, den Kirchen, der örtlichen AOK und anderen Initiativen, die sich für eine menschen- und umweltfreundliche Verkehrspolitik einsetzen.

*Partner finden Sie auch auf unserer Homepage [www.moa-bw.de](http://www.moa-bw.de)*

## 8 Veröffentlichungen/Literatur/Internet

### **Studie des Deutschen Bundestags: Sparsame und schonende Flächennutzung - Entwicklung und Steuerbarkeit des Flächenverbrauchs**

*Die wichtigsten Ergebnisse werden im Folgenden zusammengefasst.*  
[http://www.nabu.de/m01/m01\\_01/06998.html](http://www.nabu.de/m01/m01_01/06998.html)

Die im Auftrag des Deutschen Bundestages erarbeitete Studie "Sparsame und schonende Flächennutzung - Entwicklung und Steuerbarkeit des Flächenverbrauchs" stellt die Entwicklung der Flächennutzung in den letzten Jahren dar, zeigt Ursachen und Folgen des hohen Flächenverbrauchs auf und gibt einen umfassenden Überblick über die in der aktuellen Debatte vorgeschlagenen Lenkungsinstrumente.



Zur Steuerung der Flächenutzung steht ein breit gefächertes Spektrum teils schon vorhandener, teils neu einzuführender Instrumente zur Verfügung, die im Rahmen der TAB-Studie analysiert sowie hinsichtlich ihrer Wirkungen und Umsetzungschancen bewertet wurden. Um die Vor- und Nachteile der verschiedenen Reformvorschläge aus der Sicht unterschiedlicher Interessenstandpunkte zu beleuchten und

wesentliche Konfliktlinien bei der Einschätzung von Zielen und Instrumenten einer Flächenhaushaltspolitik aufzuzeigen, hat das TAB eine schriftliche Befragung von ausgewählten interessierten und betroffenen Verbänden durchgeführt. Mit dem Ziel einer breiten wissenschaftlichen Fundierung wurden außerdem zu bestimmten Fragestellungen, etwa zum demographischen Wandel, zur Gemeindefinanzreform und zu den Möglichkeiten interkommunaler Kooperation, Gutachten an externe Experten vergeben.

### **„Umweltindikatoren“ ab sofort online verfügbar**

[www.env-it.de/umweltdaten](http://www.env-it.de/umweltdaten) oder unter [www.umweltbundesamt.de](http://www.umweltbundesamt.de) ("Umwelt Deutschland").

Die "Umweltindikatoren Deutschland" bilden ein vernetztes System kurzgefasster Umweltinformationen in den vier Themenbereichen des 6. Umweltaktionsprogramms der EU: Klimaschutz, Biologische Vielfalt, Gesundheit und Ressourcenschonung. Die Umweltsituation in Deutschland lässt sich so mit der in anderen EU-Staaten vergleichen. Das Internet-Angebot enthält eine Liste mit 50 Umweltindikatoren - etwa zu den Themen "Klimaänderungen" sowie "Umwelt und Gesundheit". Diese Indikatoren liefern einen schnellen und aktuellen Überblick über die Umweltsituation in Deutschland. Sie zeigen, wo Umweltpolitik erfolgreich ist und wo noch mehr zu tun ist.

Mit Hilfe des Indikatoren-Systems lassen sich auch so genannte Ursache-Wirkungsbeziehungen nachvollziehen.

## **UBA plädiert für natürliche Kältemittel - alte Dämmmaterialien und Kühlschränke sachgerecht entsorgen**

*Nähere Informationen zum Verzicht auf die Verwendung Ozonschicht schädigender Stoffe sind in den Umweltdaten Deutschland [Online http://www.env-it.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2262](http://www.env-it.de/umweltdaten/public/theme.do?nodeIdent=2262) zu finden.*

Aus Sicht des Umweltbundesamtes (UBA) sind zum Schutz der Umwelt H-FCKW-haltige Anlagen durch Anlagen mit natürlichen Kältemitteln zu ersetzen. Dies ist technisch und wirtschaftlich möglich: Um die Emissionen alter Kälteanlagen zu vermindern, schreibt die Chemikalien-Ozonschicht-Verordnung strenge Maßnahmen zur Verbesserung der Dichtheit von Kälteanlagen vor. Die Anlagen müssen - ab drei Kilogramm Füllmenge Kältemittel - mindestens einmal jährlich von sachkundigem Personal auf Dichtheit geprüft werden.



Vorsicht sollte walten lassen, wer Gebäude saniert, in denen FCKW- und H-FCKW-haltige Dämmstoffe verbaut sind - etwa in Kühlhäusern und bei Dachdämmungen, die vor dem 1. Januar 2002 entstanden sind. Diese Dämmstoffe sind unbedingt vom restlichen Bauschutt zu trennen. Verbraucherinnen und Verbraucher sollten alte Dämmmaterialien an die örtlichen Recyclinghöfe geben. Alternativ lassen sich die alten Dämmstoffe in Abfallverbrennungsanlagen verbrennen. Dies verhindert das Austreten der FCKW und H-FCKW aus den Poren der Dämmstoffe in die Atmosphäre. Die Verbrennung in modernen Müllverbrennungsanlagen unterliegt strengen Grenzwerten für die Luftreinheit. Außerdem lassen sich dadurch fossile Energieträger wie Öl, Gas oder Kohle sparen. Erhebliche Mengen an FCKW können zudem noch in den Isolierungen sowie in den Kältemitteln alter Haushaltskühlschränke enthalten sein. Auch hier ist die fachgerechte Entsorgung dringend erforderlich. Dies kann über den Verkäufer eines Neugerätes oder den zuständigen Recyclinghof geschehen.

## **Wo Dieselstinker draußen bleiben müssen**

[www.umweltbundesamt.de/luft](http://www.umweltbundesamt.de/luft)

Viele Städte planen im Kampf gegen den Feinstaub und andere gesundheitsschädliche Luftschadstoffe Umweltzonen. In diese kontrollierten Gebiete dürfen Fahrzeuge, die besonders viel Feinstaub emittieren, künftig nicht mehr fahren. Aber welche Kommunen planen solche Umweltzonen - und wann fällt der Startschuss? Antwort darauf gibt eine neue Website, unter der das Umweltbundesamt (UBA) über aktuell geplante Umweltzonen in Deutschland informiert. Und bietet damit eine Hilfestellung für alle, die mit dem Auto in fremden Städten unterwegs sind. Der rechtzeitige Blick in die Karten der Umweltzonen kann so schon bei der Routenplanung Klarheit bringen.

Nach Informationen der Deutschen Umwelthilfe (DUH) stehen in 69 deutschen Städten Fahrverbote für ungefilterte Diesel-Pkw und Nutzfahrzeuge unmittelbar bevor. Praktisch in allen deutschen Ballungsgebieten drohen spätestens ab dem 1. Januar 2008 zumindest temporäre Fahrverbote.

Vom derzeitigen Altbestand an ca. neun Millionen ungefilterten Diesel-Pkw haben nach einer Recherche der DUH von Januar bis Juli 2007 nur knapp drei Prozent (ca. 250 000 Pkw) ihr Fahrzeug mit einem Diesel-Partikelfilter nachgerüstet. Als Grund

für die viel zu geringe Nachrüstquote macht die DUH auch die Unsicherheit über die Qualität der verschiedenen Nachrüstsysteme aus, die leider weder bei der Zulassung noch im Betrieb staatlicherseits überprüft werde.

### Wie ist meine persönliche Kohlendioxid-Bilanz?

*Der Rechner steht unter <http://co2.klima-aktiv.com/uba.html> im Internet bereit. Auskünfte zu den Lizenzen des CO2-Rechners gibt es unter <http://www.avanttime.de/index.html>.*

Wie viel Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) entsteht beim Heizen meiner Wohnung? Wie wirkt sich ein sparsameres Auto auf meine CO<sub>2</sub>-Bilanz aus? Wie viel Treibhausgase lassen sich mit dem Kauf regionaler Lebensmittel einsparen? Darüber können Bürgerinnen und Bürger sich mit einem aktuellen CO<sub>2</sub>-Rechner selbst einen Überblick verschaffen. Der Rechner ermittelt den persönlichen Ausstoß an Treibhausgasen pro Jahr und vergleicht diesen mit dem deutschen Durchschnitt. Ob Wohnen, Mobilität, Ernährung, persönlicher oder allgemeiner Konsum - das Onlineangebot des Umweltbundesamtes (UBA) zeigt jedem, wie viel Klimagase der individuelle Lebensstil verursacht.

### Statusbericht über Bestand und Entwicklung der Vogelwelt in Deutschland

[http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/monitoring/statusreport2007\\_eBook.pdf](http://www.bfn.de/fileadmin/MDB/documents/themen/monitoring/statusreport2007_eBook.pdf)

Das Bundesamt für Naturschutz hat einen neuen Statusbericht über Bestand und Entwicklung der Vogelwelt in Deutschland vorgestellt. Viele der Ergebnisse lassen aufhorchen, selbst häufige Vogelarten wie der Haussperling sind auf dem Rückzug. Von den 64 untersuchten häufigen Brutvogelarten sind 23 Arten (36%), in ihren Beständen rückläufig. Die Beobachtungsergebnisse sind hier erstmals in einer komprimierten Form so aufbereitet und dargestellt, dass die Naturschutzpolitik und die Öffentlichkeit damit gezielt informiert werden können. Die Studie belegt den anhaltenden Rückgang von Arten, die auf Äckern und Wiesen am Boden brüten.



Die Beobachtungsergebnisse sind hier erstmals in einer komprimierten Form so aufbereitet und dargestellt, dass die Naturschutzpolitik und die Öffentlichkeit damit gezielt informiert werden können. Die Studie belegt den anhaltenden Rückgang von Arten, die auf Äckern und Wiesen am Boden brüten.

Positive Bestandesentwicklungen zeigen sich bei solchen Vogelarten, für die es spezielle Schutzmaßnahmen gibt. Dies zeigt, dass bedrohte Vogelarten von staatlichen und ehrenamtlichen Hilfen profitieren können, Naturschutz also Wirkung zeigt.

Aus der Studie geht auch hervor, dass der Klimawandel bereits seine Spuren in der Vogelwelt zeigt: Die Anzahl in Deutschland rastender Enten hat zugenommen, da einige Arten ihre Überwinterungsgebiete aufgrund milder Winter nach Mitteleuropa verlagert haben. Die meisten Langstreckenzieher leiden während des Vogelzuges und in den afrikanischen Überwinterungsgebieten unter dramatischen Veränderungen der Landschaft.

Zukünftig soll einmal jährlich ein aktualisierter Statusbericht über die wesentlichen Ergebnisse des Monitorings veröffentlicht werden.

## Fragwürdige Rolle von WWF und FSC bei der Palmölproduktion

[www.kolumbien-aktuell.ch/themen/dokumenten/tortillakrise\\_greenwash.pdf](http://www.kolumbien-aktuell.ch/themen/dokumenten/tortillakrise_greenwash.pdf)

Insbesondere der 2. im Link lesbare Artikel zeigt für uns Mitteleuropäer höchst interessante Details und Verflechtungen auf, die uns eine bessere Einschätzung des ganzen Für und Wider zur Bioenergie ermöglichen

## Titel Wegenetz im Biosphärengebiet Münsingen online

<http://www.biosphaerengebiet-alb.de/04-Biosphaerengebiet/04-3-karte-gebietsskizze.php>

Aufgrund der vielen interessierten Nachfragen hat das Regierungspräsidium Tübingen die Karten zum Biosphärengebiet ins Internet gestellt, darunter auch jene mit den freigegebenen Wegen. Sie können unter abgerufen werden



*Die Geschäftsstelle wünscht Ihnen  
erholtsame und freudige Weihnachtstage  
sowie im Neuen Jahr  
ein gutes Gelingen beim Einsatz  
für Natur und Umwelt!*